Lecteurs francophones PAGE 3

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 13 ab Samstag, 25. Juli 2020 in Berlin, München, Ravensburg und bundesweit. 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte an IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben






Merkel-Metamorphose zu Prinzessin Leia, Illustration Anne Höhne /DW

MASKEN AB!

Die Pandemie ist beendet: Hinaus zum 1. August 2020, 11 Uhr am Brandenburger Tor.

von Dr. Tamara Ganjalyan und Anselm Lenz

Zum Stichwort »Corona« gibt es einerseits die politische Meinung der Regierung und andererseits die schulmedizinische und damit strikt naturwissenschaftliche Auffassung. Letztere wird seit Ausrufung des Notstandsregimes am 25. März 2020 massiv unterdrückt. Dagegen wendet sich eine konstant wachsende Demokratiebewegung, die für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit eintritt. Am Wochenende ab Freitag, dem 31. Juli, beginnen die Menschen in Deutschland nun sogar eine Verfassungsreform für Basisdemokratie und Volksentscheide. Für die Bundesregierung wird es eng. Ob sie nochmal die Kurve kriegt? — Gehen wir noch ein letztes Mal davon aus, dass die Regierung und ihre angeschlossenen Medienbetriebe nicht zutiefst boshaft sind und uns unter dem Stichwort »Corona« in die Diktatur führen wollen...

ANLEITUNG ZUM CORONA-AUSSTIEG – ODER: WIE SIE LERNTEN, DIE MASKE ZU LIEBEN

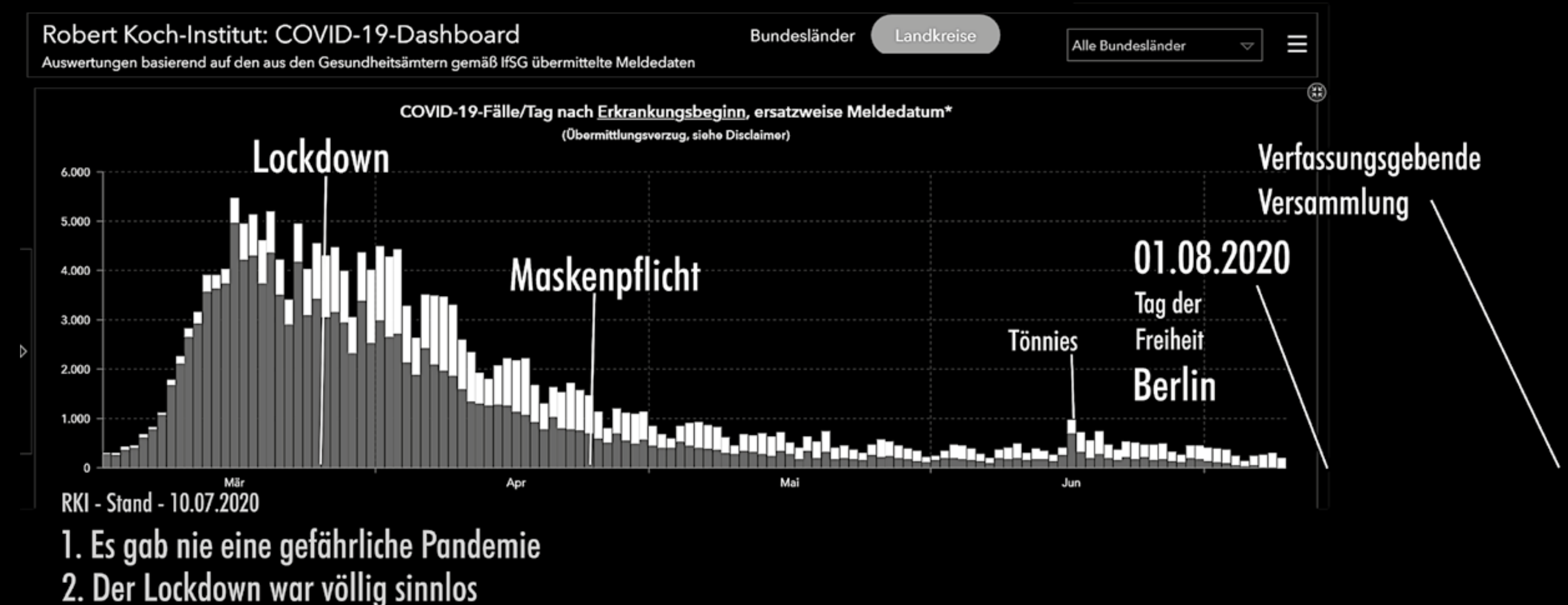
Gehen wir noch einmal davon aus, dass sie nicht von globalen Oligarchen und *Dr. Nos* wie Bill Gates erpresst werden. Gehen wir noch dieses eine Mal davon aus, dass sich die Regierung und ihre Journalistendarsteller und Journalistendarstellerinnen einfach geirrt haben. Dass eins zum anderen kam, eine Panik ausbrach — und sie glaubten, ausgerechnet das totalitäre China imitieren zu müssen. Und aus diesem Zivilisationsbruch, dem Corona-Notstands-Regime mit zahllosen Verfassungsbrüchen und Menschenrechtsverletzungen, nicht mehr herauskamen. Dass sie in die Entmündigung und Entwürdigung der Bevölkerung nur — tragisch — hineingestolpert sind.

Gehen wir davon aus, noch ein einziges Mal, dass sie tatsächlich glaubten, in einem humanistischen Sinne zu handeln — und sich nach einigen Wochen in einer verfransten Situation wiederfanden: Die Faktenlage, die eindeutig ist. Corona ist nicht die Spanische Grippe, nicht die Pest, kein Zombie-Virus. Corona ist nicht die Geißel der Menschheit, Corona ist nach wie vor eine vergleichsweise milde Grippeinfektwelle, wie Professorin Karin Mölling frühzeitig aussprach und tausende Mediziner und die besten Professoren des Fachgebiets weltweit bestätigen.

RÜCKKEHR DER DEMOKRATIE

Die selbst ernannten Qualitätsmedien schürten die Panik und stießen damit bei Teilen der Bevölkerung auf eine Art sehnsüchtiger Resonanz. Die Umfragewerte der Regierungspartei CDU gingen leicht in die Höhe. Es schlug die Stunde des starken Mannes, der starken Frau an der Spitze. Eine nicht zu unterschätzende Zahl von Menschen lernte, den Virus zu lieben.

Weiterlesen auf Seite 4



Jetzt kommt die Aufklärung

von Batty N'Diaye

Ab 31. Juli 2020 versammeln sich Demokratinnen und Demokraten in Berlin (Seiten 2 und 5). Sie verteidigen die schulmedizinische Interpretation des Infektionsverlaufs (Seiten 1, 3 und 4). Corona überdeckt derweil den Zusammensturz des Finanzmarktkapitalismus — ein neuer Sozialvertrag ist nötig (Seite 6). Basisdemokratische Abstimmungen über die EU, unsere Währung sowie Neuwahlen werden stattfinden (Seiten 2 und 8). Indes haben sich Konzern- und Staatsmedien dem de-facto-totalitären Krisenkommando unterworfen. Die Geschichte wird sie nicht freisprechen (Seite 7).

NICHTOHNEUNS.DE

Sommer der Demokratie – Aufklärung, Wahlen, Republik!

Wir

Ja!
Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion DEMOKRATISCHER WIDERSTAND möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? Wir sind die Redaktion des Demokratischen Widerstandes (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierbaren und erpressbaren Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose Liberale verschiedener Couleurs, MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Exemplaren und als E-Paper unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Wir sind der Ansicht, dass zuviele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition in der Bundesrepublik 2020.

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben, wie dieses eingerichtet wird. Wir erleben den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits das Leben genommen. Viele andere Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben.
– Die DW-Redaktion

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte gern an KDW, IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69

31.7.: »FÜR EIN WAHRES WORT«

Zu Beginn des großen Augustwochenendes in Berlin feiert diese Wochenzeitung das freie Wort und die Rückkehr zum Grundgesetz — Verfassungsreform und ökonomische Grundrechtecharta voraus!

von Anne Höhne

Am Freitag Abend, dem 31. Juli, lädt der Demokratische Widerstand zu einer Kundgebung auf der Bundestagswiese vor dem Bundestagsgebäude ein. Ab 18 Uhr soll mit 500 Teilnehmern unter anderem über einen Corona-Untersuchungsausschuss, Neuwahlen und eine transparente Wirtschaftsgesetzgebung gesprochen werden.

Schwerpunkt der Veranstaltung diesder Zeitung und der Demokratiebewegung *Nicht ohne uns!* liegt jedoch auf der Diskussion über eine neue Verfassung und Herausarbeitung erforderlicher Rahmenbedingungen einer verfassungsgebenden Versammlung.

Danach wird ein Spaziergang zum Rosa-Luxemburg- Platz stattfinden. Der Zug durchschreitet das Brandenburger Tor und führt Unter den Linden am Bebelplatz vorbei. Dort wurde am 10. Mai 1933 während des NS-Regimes die Bücherverbrennung durchgeführt. Enden wird der Gang auf dem Rosa-Luxemburg-Platz, dem Ort, auf dem am 28. März dieses Jahres der erste Spaziergang für das Grundgesetz stattgefunden hatte — und das Regime mit fanatischer Härte und geplanter Gewalt den GrundgesetzfreundInnen entgegentrat.

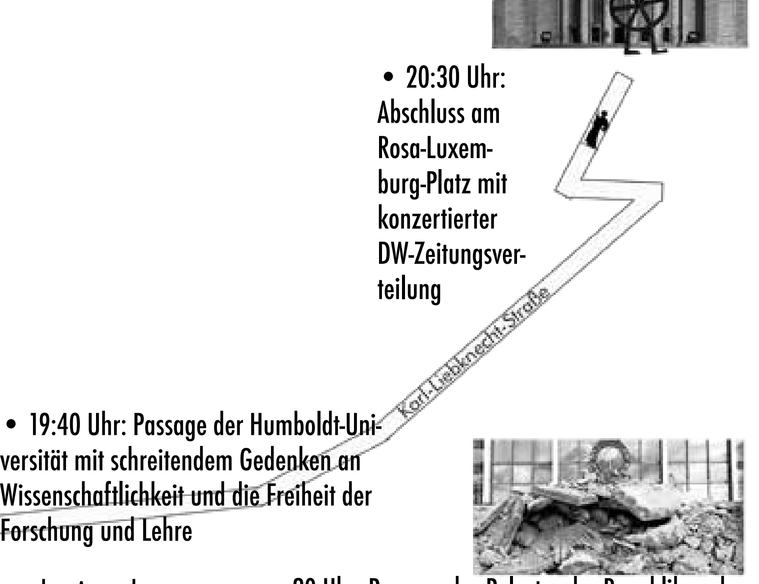
Aus den anfänglich 20 Teilnehmern sind bundesweite Versammlungen tausender Demokraten auf den Marktplätzen und Parkwiesen ihrer Heimatstädte erwachsen. Jeden Samstag stehen Bürgerinnen und Bürger für ihre Grundrechte und gegen die willkürlichen Zwangsmaßnahmen der verfassungsbrüchigen Regierung auf.

Während sich die Gesundheitsdiktatur in den vergangenen vier Monaten immer tiefer in Lügen verstrickt und ihrer Bevölkerung unwürdige Zwangsschikanen aufgebrummt hat, wuchs der demokratische Widerstand deutschland- und weltweit. Ein umfassendes oppositionelles Netzwerk aus Arbeitern, Medizinern, Journalisten, Künstlern, Alten und Jungen organisiert sich in Bürgerräten und Initiativen. Erste Corona-Untersuchungsausschüsse wurden ins Leben gerufen.

Die Ausführung dieser Fom der repräsentativen Demokratie ist gescheitert. Wir waren schließlich alle *live* dabei. Der Souverän sieht sich durch das Corona-Regime nicht mehr vertreten und fordert eine echte, basisdemokratische Neuausrichtung.

Unterwegs werden Zeitungen verteilt — auf dem Rosa-Luxemburg-Platz folgt die zentrale Ausgabe zur Distribution als abgenommene Parade.

Zum 1. August Seite 5



»Der DEMOKRATISCHE WIDERSTAND hat das uneingeschränkte Recht, eine Einschätzung der Pandemie zu Papier zu bringen. In dem Ausnahmezustand, in dem wir leben, ist es absolut wichtig, dass die Meinungsfreiheit erhalten bleibt. Das bedeutet, dass die Zeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND — dessen Titel auf eines der Rechte in der deutschen Verfassung verweist (siehe Seite 8) — das Recht hat, seine Einschätzung der gegenwärtigen Situation darzulegen.« — Professor Giorgio Agamben



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are liberals, publishers and journalists of all kinds in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany of the present. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the basic law. We would like to cooperate internationally see NICHTOHNEUNS.DE and DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE, or mail us via demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into concideration: The current German government and the EU are not what they might seem abroad. Whilst Corona they have taken a prefascist turn. It is getting worse by every week. We as editors are getting slandered, heressed and persecuted for our work and as the oppositionists and journalists we are. Please help us, contact us, inform international press organisations colleagues abroad and independent governments. Thank you! – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS: 250 EXPERTISEN ZU CORONA

»Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich — bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft — um mehr als um einen Fehlalarm handelt. Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung (...) Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden — insbesondere unnötige zusätzliche Todesfälle — , und um die möglicherweise prekär werdende Lage bei den Kritischen Infrastrukturen zu stabilisieren.«
Oberregierungsrat Stephan Kohn in seinem Bericht an den Bundesinnenminister vom 08. Mai 2020.
Kohn ist Ministerialbeamter im Bundesinnenministerium, Referat »Schutz kritischer Infrastrukturen«

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle« – Prof. Streeck, Universitätsklinik Bonn

»Dieser Crash ist gewollt« – Dirk Müller, Finanzexperte

Gesundheit

INTERVIEW mit Dr. med. Bodo Schiffmann

CORONA-PANDEMIE: »GIGANTISCHE LÜGE«

Schiffmann klärt seit Beginn des Corona-Notstands über aktuelle medizinische Fakten auf. Er ist Vorsitzender einer neuen Partei, »Wir 2020«.

Herr Dr. Schiffmann, was haben Sie am 1. August 2020 vor?
Ich werde in Berlin sein, selbstverständlich schon ab 11 Uhr am Brandenburger Tor, wie alle anderen auch. Später werde ich einer der Redner auf der Bühne in der Straße des 17. Juni sein.

Was sind Ihre Hoffnungen für diese Großdemonstration?
Meine Hoffnung ist, dass viele Menschen die Symbolkraft dieser Demonstration verstehen. Es ist nicht irgendeine Demo, es ist die Demo schlechthin, bei der es um wissenschaftliche Redlichkeit geht, die Erkenntnisse der Schulmedizin, die Grundrechte in unserer Verfassung — und schließlich um die Rettung der Demokratie in unser aller Bundesrepublik.

Was soll sich daraus ergeben?
Ich hoffe, dass etwas erwächst, was in der DDR erwachsen ist. Dass die Menschen die Menge auf der Straße sehen und sich uns — nach und nach — anschließen. Damit wir uns alle gemeinsam entscheiden, das Notstands-Regime zu beenden und zur Demokratie zurückzukehren. Denn wir beginnen gerade erst damit, den gigantischsten Betrug der Menschheitsgeschichte aufzuklären und dezidiert darzulegen, wer von der Lüge am meisten profitiert hat.

Wie wird es dann weitergehen, politisch und medizinisch?
Politisch hat unser System die letzten 80 Jahre lang insgesamt gut funktioniert. Für die Corona-Lüge wurde nun eine Gesetzeslücke ausgenutzt, um Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaat auszuschalten. Wir müssen diese Gesetzeslücke schließen. Die während der Pandemie — die keine war — getroffenen Entscheidungen werden allesamt zurückgenommen, genauso wie alle Maßnahmen, die dem Gesundheitsminister ungeahnte Befugnisse zugestanden haben. Solch eine Willkür eines Staatsapparates darf nie wieder passieren. Das gilt auch für die Einführung einer Impfpflicht durch die Hintertür, wie sie derzeit vorgesehen ist.

Wie stehen Sie zur vieldiskutierten Verfassungsreform?
Ich träume von einer Basisdemokratie, denn das, was wir mit der parlamentarischen Scheindemokratie hatten, hat ganz offensichtlich nicht im Sinne der Menschen und der wissenschaftlichen Erkenntnis funktioniert. Auch wird für die angepeilte Verfassungsreform hilfreich sein, was wir während der Corona-Krise über die sogenannte Vierte Gewalt — die Medien — erfahren haben. Wir müssen die Menschen jedenfalls direkt an Abstimmungen beteiligen. Wir benötigen dafür künftig weit mehr von Konzernen und Regierungen unabhängige und unbestechliche Medien. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird also auf der Leitungsebene ausgemistet, damit er seinem Auftrag wieder partei- und regierungsunabhängig nachkommen kann. Auch die Autonomie und der Schutz der einzelnen Redaktionen und unabhängiger Journalistinnen und Journalisten muss gesetzlich offenbar noch viel stärker verankert werden.

Die Fragen stellten Anne Höhne, Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp. Diese Wochenzeitung ist strikt überparteilich.

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND – IN DIESER AUSGABE FÜR LESER FRANZÖSISCHER SPRACHE

MÉDECINS EN RÉSISTANCE DÉMOCRATIQUE: *Mon évaluation de la situation*

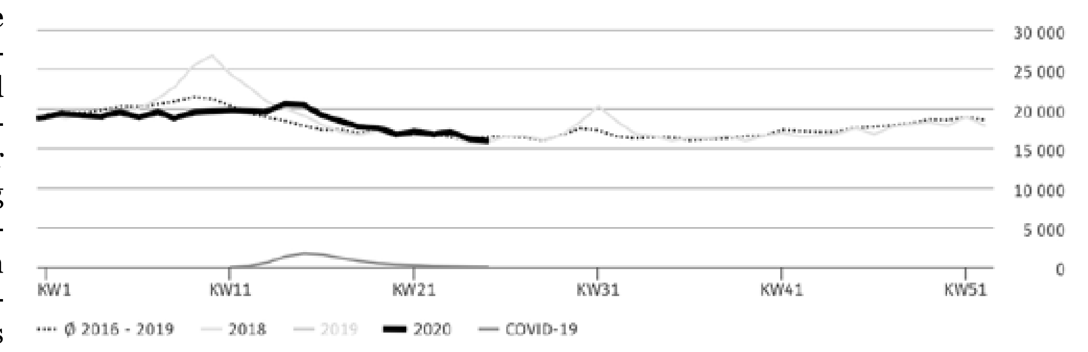
de Dr. med. Alexander Richter, membre de la résistance démocratique, Stadland (Wesermarsch), lauréat du Prix Républicain en Allemagne

MÉDICAL: En tant que docteur en chirurgie de longue date, médecin du sport et médecin urgentiste ainsi que instructeur d'arthroscopie j'ai été autorisé non seulement en Allemagne, mais depuis 2003 aussi en Amérique latine - surtout au Mexique – de pouvoir acquérir une expérience professionnelle et humaine. Sous l'utilisation de toutes les sources m'étant accessibles et en accord avec mes connaissances et mon expérience, je suis du même avis avec de nombreux experts, que dans la maladie actuelle du Corona Virus il s'agit d' un phénomène qui nous est bien connu, qui nous frappe chaque année et qui montre des apparences comparables dans la population a celle de la grippe normale, comme l' apparition et la mortalité. D'un point de vue médical il n'existe aucune raison ni pour agir d'une façon spéciale, ni pour agir avec une prudence excessive. Des personnes particulièrement vulnérables devraient se protéger individuellement selon des spécifications sensibles.

POLITIQUEMENT: La panique et l'hystérie mondiale médicalement injustifiée sont selon moi délibérément induites politiquement. Les mesures inappropriées qui ont été prises par le corps médical, dépassent, non seulement en Allemagne, de loin la proportionnalité requise. La restriction et respectivement l'abolition des droits fondamentaux essentiels ainsi que la manière dont la législation est modifiée, n'est en rien justifiable. Nous courons le risque, sous abandon des lois fondamentales, de devoir nous soumettre á un contrôle mondial et dictatorial massif, sous le couvert d'une santé supposée. Cela doit être évité par tous les moyens pacifiques disponibles.

Traduction DW/Caroline Sauer

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland



Das Anklicken oder Antippen der Legende blendet Merkmale aus und ein.
Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die oben stehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit. Der SARS-CoV-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind die aktuellsten des Statistischen Bundesamtes.

»Keine der Zahlen, die wir kennen, rechtfertigt die Angst, die in Deutschland vor dem Virus geschürt wird. Ich habe den Eindruck, dass die Angst sich allmählich verselbstständigt, dass gute Nachrichten im Zusammenhang mit dem Virus gar nicht mehr wahrgenommen werden.« — Prof. Michael Schulte-Markwort, ärztlicher Leiter des Zentrums für Psychosoziale Medizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

SO WERDEN KINDER DERZEIT AN SCHULEN GEQUÄLT:



Bild: Dirk Hüther



»Nein.«*

Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

* »Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.« (Zitat Ioannidis)

PREISTRÄGERIN DER REPUBLIK

LAUDATIO *von der DW-Redaktion*

Professorin Karina Reiss hat gemeinsam mit Ihrem Mann Sucharit Bhakdi das Buch »Corona – Fehlalarm?« verfasst, welches als erstes medizinisch-fachliches Grundlagenwerk zur Corona-Affäre bezeichnet werden muss. Es steht seit Wochen auf den Bestsellerlisten, wird jedoch von den großen Medienbetrieben verschwiegen. Während ihr Ehemann einer größeren Öffentlichkeit bereits bekannt war, war sie bis zum Erscheinen des Buches medial im Hintergrund geblieben. Die wissenschaftlich aufklärende Öffentlichkeitsarbeit ist ihr gemeinsames Werk. Es wäre also verfehlt, nur den prominenteren Kopf eines gleichberechtigten Teams zu ehren. Unbestechlichkeit und wissenschaftliche Expertise teilen beide. Ebenso den Mut, einzustehen für die öffentliche Debatte, die Freiheit der Wissenschaft und den Erhalt der Grundrechte in Deutschland. Für Hunderttausende war und ist die couragierte Sachlichkeit ihrer medizinischen Arbeit eine Orientierung im Nebel von Halbwahrheiten und Falschmeldungen. Wir ehren Karina Reiss als unbestechliche Akademikerin, die ihre unabhängige Expertise auch gegen Widerstände mit der Bevölkerung teilt und sich nicht wider besseren Wissens beugen lässt.

Res publica



»Gibt es nicht so etwas wie Journalistenehre?«

INTERVIEW — Prof. Dr. rer. nat. Karina Reiss erhält den Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie. Verliehen wird der Preis seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band und eines Porträts, die in einer Serie in dieser Wochenzeitung ebenfalls noch vorgestellt werden. Ausgewählt wurde Reiss als nunmehr vierte Preisträgerin – einstimmig vom DW-Redaktionsrat.

Wie könnte die Bundesregierung noch gesichtswahrend aus dem Corona-Fiasko herauskommen? Haben Sie einen Rat, Frau Prof. Reiss?
Die Regierung wird stoisch behaupten, dass ihr unverantwortliches Vorgehen entgegen aller Fakten nur zum Wohle der Bevölkerung gewesen wäre. Die einzige Chance, noch Schlimmeres zu verhindern als schon angerichtet, wäre schnellstens Abstand zu nehmen von der völlig sinnlosen und potentiell sehr gefährlichen Impfung gegen COVID-19.

Was empfehlen Sie Journalistinnen, die sich bislang noch nicht getraut haben, die oppositionelle Wissenschaftsstimme zumindest einmal fair mitabzubilden?
Mut. Und gibt es nicht so etwas wie Journalistenehre? Falls ja, würde ich an diese appellieren. Es geht nicht darum, wer am Ende Recht hat, sondern darum, dass in einer funktionierenden Demokratie eine offene Diskussion möglich sein sollte. Das wäre das Minimum. In meiner naiven Vorstellung frage ich mich auch, wo sind die Carl Bernsteins und Bob Woodwards dieser Welt? Interessiert sich heute eigentlich kein Journalist mehr für die Hintergründe?

Der sogenannte *Lockdown* hat erhebliche Konsequenzen für Kunstproduktion, Akademien, Parlamente und den Journalismus. Nehmen wir diesmal die Theater: Was wünschen Sie sich für die Wiedereröffnung?
Ich vermisse vor allem die Konzerte. Ein schönes Bach-Konzert. Die Musik trägt die Seele in ferne Sphären, die einen für einen Augenblick die traurige Tatsache vergessen lassen, dass die Corona-Krise von unzähligen Profiteuren zur Umverteilung von Macht und Geld auf Kosten menschlicher Schicksale und Menschenleben genutzt wurde und wird.

Die Fragen stellten Batseba N'Diaye und Anselm Lenz

MASKEN AB! ***Anleitung zum Corona-Ausstieg — oder: wie sie lernten, den Virus zu lieben*** — Fortsetzung von Seite 1

Sie lieben den Virus wie die Masken, die Faschisierung der Gesellschaft, die Schließung der Universitäten, Buchläden und Theater. Endlich sagen alle dasselbe. Endlich ist der Stress aufgelöst. Endlich ist es verstummt, das Gewirr der Stimmen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Es ist ein autoritärer Impuls, keine Hoffnung auf eine bessere gesellschaftliche Vereinbarung.

Nicht Verfeinerung des Lebens noch die Familie, nicht die Verfolgung des Glücks noch der vergoldete Ellenbogen, sondern »Systemrelevanz« ist die neue Adresse der Moral. Wie auch immer es dazu kam: Unter diesen Bedingungen ist es für das Regime gar nicht so einfach, den Absprung von der Corona-Erzählung zu finden. Schon zu Beginn der Krise ahnte Dr. Wolfgang Wodarg voraus, dass es die größte Sorge der für das angerichtete Unheil politisch Verantwortlichen sein wird, den Panikmodus zu verlassen, ohne das Gesicht zu verlieren. Wie dies vielleicht noch gelingen könnte, das wollen wir in folgender Vision skizzieren:

Es ist der 1. August 2020. Nach ihrer Fernsehansprache vom 18. März tritt Bundeskanzlerin Angela Merkel noch einmal vor die Bevölkerung. Sie will den Menschen in diesem Land sagen, dass sie es nur gut gemeint hat. Dass sie sich geirrt hat. Und dass es ihr leidtut. Etwas betreten, doch entschlossen blickt sie in die Kamera und beginnt zu sprechen: »Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

1. Wir haben uns in Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung und angesichts der zu Beginn verwirrenden Datenlage zu weitreichenden Maßnahmen hinreißen lassen. Heute erkennen wir, dass wir die von Corona ausgehende Gefahr überschätzt haben.
2. Wir erkennen an, dass es noch eine andere wissenschaftliche Ansicht zum Virus gibt als die von Herrn Drosten und der Leitung des RKI vertretene.
3. Wir tauschen mit sofortiger Wirkung unsere Beraterstäbe aus. Es wird sichergestellt, dass künftige Regierungsberater frei von Interessenskonflikten sind und keine materiellen Zuwendungen Dritter erhalten.
4. Wir erkennen an, dass jede gesellschaftliche Herausforderung aus einer Vielzahl miteinander verwobener Probleme und Interessen besteht. Deshalb werden wir vor künftigen schwerwiegenden, die Bevölkerung betreffenden politischen Entscheidungen eine Vielzahl an Experten unterschiedlicher Fachrichtungen – einschließlich Soziologie und Psychologie – mit auch gegensätzlichen Positionen anhören.

»Wir haben uns in Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung und angesichts der zu Beginn verwirrenden Datenlage zu weitreichenden Maßnahmen hinreißen lassen.«

5. Wir wollten nur das Beste für die Gesundheit der Bevölkerung. Leider ist dadurch auch im Gesundheitswesen Schaden entstanden. Deshalb beenden wir den subventionierten Bettenleerstand in den Krankenhäusern und die Aufschiebung notwendiger Operationen.
6. Wir anerkennen die von internationalen Studien mehrfach belegte Tatsache an, dass Kinder kaum zur Verbreitung bestimmter Virenarten wie SARS-CoV-2 beitragen. Eine Schließung von Kindergärten, Schulen und Spielplätzen wird es deshalb nicht mehr geben.
7. Wir rehabilitieren und entschuldigen uns bei allen Medizinern, Wissenschaftlerinnen, Juristen, Journalistinnen und allen anderen andersdenken Menschen, die in den vergangenen Monaten von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten und die Maßnahmen der Regierung kritisierten. Meinungsvielfalt ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir werden auch über das Regierungsamt hinaus sehr gut bezahlt, auch, um herbe Kritik auszuhalten. Uns auf der Regierungsinsel mangelt nichts, uns wird nichts mangeln. Außer an Liebe vielleicht. Aber dafür haben wir ja ein Privatleben.
8. Wir haben die Rolle und große Bedeutung der Massenmedien für Gesellschaft und soziales Gefüge erkannt. Deshalb werden wir die Verfasstheit und die Arbeitsweisen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundlegend reformieren. Damit wird sichergestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Auftrag, einen Beitrag zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung zu leisten und so zu einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen beizutragen, in Zukunft auch tatsächlich gerecht werden kann.
9. Wir erkennen, dass der Schutz des Lebens ein hohes Gut ist. Wir erkennen auch, dass die Menschenwürde und die Freiheit eines jeden Menschen, über das Ende seines eigenen Lebens selbst zu bestimmen, hohe Güter sind. Wir vertrauen in die Selbstverantwortlichkeit der Menschen, für sich zu entscheiden, welchen Gesundheits- und Lebensrisiken sie sich selbst aussetzen möchten. Von Zwangsmaßnahmen, wie der verordneten Isolation alter und kranker Menschen in Pflegeeinrichtungen, sehen wir ab jetzt ab.
10. Um für die Zukunft zu lernen, werden wir uns einem unabhängigen Untersuchungsausschuss stellen, der aufarbeiten wird, wie und warum es zu den seit März 2020 getroffenen Entscheidungen bezüglich der sogenannten Corona-Maßnahmen kam. Die Ergebnisse sollen helfen, auf künftige Notlagen besser reagieren zu können.«

Mit dieser, später als historisch bezeichneten, Ansprache wird die Bundeskanzlerin zeigen, dass sie ein Mensch ist. Bei der nicht lange darauf erfolgten fairen und öffentlichen Gerichtsverhandlung wird ihr dies zugutekommen. Sie wird als insgesamt beliebte Kanzlerin in die Geschichte eingehen, die einige Male impulsiv handelte, aber — das wird ihr zu historischer Größe gereichen —, in der Lage war, noch gerade rechtzeitig einzulenken und die Errungenschaft eines ergebnisoffenen republikanischen Diskurses schließlich doch zu verteidigen.

Die Fähigkeit zu Öffnung, Ausgleich und Aufklärung wird ihr auch gegen jene helfen, die seit März 2020 allzu sehr lernten, den Virus zu lieben. Denn deren Erlösungshoffnung, deren Lust an der Unterwerfung für *die Corona*, verliert den Status des Absoluten und wird rückangebunden an demokratische Verfahren: Menschen formulieren, welche Gesetzmäßigkeiten sie fürs Zusammenleben auf Basis der Verfassung möchten. Und dann wird darüber vorurteilsfrei informiert, ergebnisoffen debattiert und schließlich in freien, gleichen und geheimen Wahlen abgestimmt.

»NICHT OHNE UNS!«

IMMER SAMSTAGS SPAZIERGÄNGE AB 14 UHR UND AN ZENTRALEN PLÄTZEN BUNDESWEIT.

GROSSKUNDGEBUNGEN:

25. Juli München (nichtohneuns.de)*
25. Juli Crailsheim (Querdenken)
26. Juli Köln, Heumarkt (nichtohneuns.de)
31. Juli Berlin 18 Uhr (Bundestagswiese)*
1. August Berlin (alle)*
8. August Stuttgart (Querdenken)*
8, August Karlsruhe (nichtohneuns.de)*
15. August Hamburg (nichtohneuns.de)*
10. Oktober München mit Robert F. Kennedy*
* u.a. mit DW-Redaktion

Kontaktgruppen nach Postleitzahlen:

NICHTOHNEUNS.DE/REGIONAL

»DAS IST UNSER LAND. IHR SEID ABGEHOBEN. ES REICHT.«

Israelische Demonstranten fordern den Rücktritt der Corona-Regierung

von Hendrik Sodenkamp

Seit Monaten gehen in Israel zehntausende Menschen auf die Straße, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Gegen den Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu läuft ein Verfahren wegen Korruption und Bestechung von Medienebetrieben. Eine Mehrheit glaubt der Regierung nicht mehr, angemessen mit dem Corona-Virus umzugehen. Die Demonstranten fordern den Rücktritt der Regierung.

In Israel leben ungefähr neun Millionen Menschen. An oder mit Corona starben 420 Menschen (Stand 20.07.2020), jetzt soll ein zweiter *Lockdown* kommen. Der Grund seien hohe Infektionszahlen. Nachdem die Regierung bekannt gab, dass Restaurants, Bars und Cafés wieder geschlossen werden sollen, rebellierten die Gastronomen und ließen ihre Geschäfte geöffnet.

Viele Menschen haben durch den ersten *Lockdown* ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verloren und befinden die Maßnahmen als nicht verhältnismäßig. Eine weit verbreitete Parole auf den Demonstrationen: Das ist unser Land. Ihr seid abgehoben. Es reicht.

Politik

AM 1. AUGUST FÜR DIE VERFASSUNG!

von Anne Höhne und Batty N'Diaye

Der Stuttgarter Bürgermeisterkandidat Michael Ballweg hat für den 1. August 2020 eine Großdemonstration für Demokratie und verfassungsmäßige Grundrechte angemeldet. Viele tausend Menschen werden erwartet.

Unter dem Motto »Das Ende der Pandemie – Der Tag der Freiheit« wird die sofortige Aufhebung aller Corona-Einschränkungen, die Rückkehr zu uneingeschränkten verfassungsrechtlichen Grundrechten und Neuwahlen in der Bundesrepublik gefordert.

Es wird sich versammelt ab 10:30 Uhr auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor, um nach einem Rundgang durch Berlin Mitte um 14:00 Uhr auf der Straße des 17. Juni anzukommen. Dort findet von 15:30 Uhr bis 22 Uhr die Hauptkundgebung statt.

Die süddeutschen Organisatoren klotzen ran und haben zwanzig Bühnenfahrzeuge aus einem guten Dutzend Städte organisiert. Erinnerungen an die Loveparade werden bei einigen Berlinnerinnen wach.

Der Aufzug geht über die Straße Unter den Linden und die Friedrichstraße zum Oranienburger Tor. Von dort über die Oranienburger Straße zur Marienkirche. Vorbei am Fernsehturm und am Roten Rathaus zieht die Demonstration über die Leipziger Straße und durch den Tiergarten zur Straße des 17. Juni.

Auf dem Weg durch die Stadt finden auf den Wagen Einzelkundgebungen statt. Bei der Hauptkundgebung werden Ärzte, Künstler, Juristen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer, Arbeiter und Journalisten sprechen.

Wie der Querdenken-Initiator Michael Ballweg der *DW*-Redaktion mitteilte, wird das gesamte Equipment mit mehreren Bussen aus Stuttgart nach Berlin eingefahren. Unterstützt wird der Transport und die Anreise der Demonstrantinnen von #honkforhope, einer Initiative der Busunternehmen für Meinungsfreiheit, unternehmerische Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit, welche ihrerseits mit Initiativen wie »Rettet die Reisebüros« und #kulturerhalten kooperiert. Die Veranstaltung wird europaweit durch den in Heilbronn ansässigen Fernsehsender *L-TV* über Satellit übertragen.

Bei so einer großen und bunten Veranstaltung werden wohl auch ein paar Rechtsaußen vorbeischauen und ihre Hoffnungen und Träume auf ein besseres Leben mit dem Grundgesetz vortragen. Erklärtes Ziel ist es aber, den demokratischen Widerstand in der Bundesrepublik sichtbar zu machen, die Regierung dazu zu bringen, alle Maßnahmen zurückzunehmen, die Grundrechte wiederherzustellen und sich basisdemokratischer Modernisierung und allgemeinen Neuwahlen nicht mehr zu verweigern.

- Samstag 1. August, 10:30 Uhr: Sammlung am Brandenburger Tor
- 11 Uhr Beginn des Rundgangs



Oranienburger Straße · Friedrichstraße · Unter den Linden · Spandauer Straße · Mühlendamm · Leipziger Straße · Tiergarten

- 14:30 Uhr Ankunft an der Straße des 17. Juni
- 15:30 Uhr: Hauptkundgebung
- im Anschl. Tanzfest bis maximal 22 Uhr

- Unterwegs stößt der Schaustellerverband hinzu
- Tanzdemonstration
- 20 Bühnenwagen
- Freedom Parade mit Captain Future (Tanzparty im Zug)
- Am Sonntag, 2.8., kleine Versammlungen übers Stadtgebiet verteilt

GEEINT NACH BERLIN

von Johnny Rottweil, Hamburg

Am vergangenen Samstag trafen sich in Lüneburg dreihundert DemokratInnen, um für das Grundgesetz, Wissenschaftlichkeit und einen offenen republikanischen Diskurs zu demonstrieren. Einige tatkräftig Schöngeistige hatten sogar einen Flügel organisiert, auf dem zwischen den Vorträgen Beethoven, Mozart und Chopin gespielt wurde. Unter den zahlreichen RednerInnen waren auch Mitglieder der Redaktion des *DW* und der Fotograph Kai Stuth, der mit einem stattlichen Bus vorgefahren war.

Auch elf vom örtlichen DGB-Büroleiter im Regierungsauftrag angeheuerte Antifa-Darsteller waren friedlich, auch wenn ihr Gesichtsausdruck zwischen Fanatismus und Schläfrigkeit changierte. Zu deren Bannern konnte ich ein Gespräch zweier junger Grundgesetzdemonstranten belauschen. »Warum haben die jetzt die Frau von Star Trek auf dem Plakat?«, »Ich glaube die meinen, das ist wissenschaftlicher als Star Wars.«, »Kann schon sein, aber in Star Trek wird doch nie Demokratie gezeigt, sondern immer nur freundliche, aber stramme Militärs auf Erkundungstour. Wollen sie solch eine Zukunft für uns alle?«, »Keine Ahnung, aber wenn, dann sollten wir darüber abstimmen wie in einer Republik.«

Einig waren sich die Demonstranten, dass es am 31. Juli und am 1. August nach Berlin gehen solle.

NORDBADEN IM WIDERSTAND

von Neli Heiliger, Mannheim/Karlsruhe

Auf dem Schlossplatz in Mannheim versammelten sich am vergangenem Samstag mehrere Tausend Demokratinnen ab 14:30 Uhr, um für ihre verfassungsmäßigen Grundrechte und die sofortige Aufhebung der Corona-Maßnahmen zu demonstrieren.

Die Fachanwältin für Medizinrecht Beate Bahner meldete sich mit einer ausgezeichneten Rede zurück, nachdem sie als oppositionelle Juristin von der Regierung frühzeitig zensiert, verfolgt und gefoltert worden war. — Niemals vergeben, niemals vergessen!

Organisiert wurde diese Veranstaltung von der Initiative Querdenken-Mannheim unter dem Motto »Das Freiheitsvirus ist ausgebrochen!« Es war eine Bühne aufgebautworden, auf der auch der Arzt Bodo Schiffmann eine mitreißende Rede hielt. Danach wurde Musik gespielt, zu der Leute tanzten oder sich unterhielten. Es war eine tolle Stimmung und die Kundgebung verlief durchweg friedlich.

Bisher demonstrierte ich regelmäßig in meiner Heimatstadt Karlsruhe und meldete dort die erste Grundrechtsdemonstration an, zu der 20 Teilnehmer erschienen. Mittlerweile bin ich aber auch in Offenburg, Stuttgart und Pforzheim, um dort die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* zu verteilen.

Beim Demonstrieren oder Verteilen der Zeitungen trage ich selbstgebastelte Schilder und erscheine immer verkleidet — trage beispielsweise Engelsflügel oder einen Aluhut. Das macht Spaziergänger auf mich aufmerksam und führt zu neugierigen Nachfragen und Diskussionen. Das ist sehr wichtig, denn freundliche Kommunikation und Aufklärung sind für mich zentrale Bestandteile des Protests.

ICH BLEIBE DABEI: »KAMPF DEN PERVERSEN CORONA-SCHWEINEN!«

Auf meine neue Gasmaske reagierten die Menschen zum Beispiel sehr emotional. Sie fragten mich, ob ich verrückt sei oder durchdrehen würde. Ein perfekter Einstieg für ein Gespräch über die Unsinnigkeit der aktuellen Maskenpflicht!

Am kommenden Wochenende werde ich in Berlin demonstrieren. Ich freue mich auf die Kundgebung vor dem Bundestag am Freitagabend ab 18 Uhr und die Großdemonstration am 1. August.

Danach wird es für mich in Karlsruhe weitergehen. Ich mache so lange weiter, bis das Terrorregime abgedankt und unsere neue basisdemokratische Verfassung eingesetzt sein wird. Außerdem werden wir uns verstärkt für Kinder und ältere Menschen einsetzen — mit Demonstrationen vor Schulen, Kindergärten und Seniorenheimen. Die Maske muss weg!

Wirtschaft

DIE EINZIG RICHTIGE NORMALITÄT NACH DEM ENDE DES CORONA-REGIMES BAUEN WIR SELBST *von Hermann Ploppa*

Eine Rückkehr zur alten Normalität bekommen wir nur, wenn wir schön artig sind und uns von Onkel Bill Gates impfen lassen, sagt Mutti. Vorher nicht. Und wer sich nicht impfen lässt, muss dann leider auf Bürger- und Menschenrechte verzichten.

Aber, wenn wir nun gar nicht mehr zur alten Normalität zurückkehren wollen? Zur alten Normalität der Versklavung von Menschen als Niedriglohnarbeiter, rechtlose Scheinselbständige oder Sozialhilfe-Aufstocker? Zur guten alten Normalität des einprogrammierten Burnouts hochbegabter Menschen im Sozial- und Gesundheitsbereich? Zur guten alten Normalität: wenn wir ein Anliegen haben, am Telefon statt eines Menschen nur schlechte synthetische Musik zum Abwimmeln serviert zu bekommen?

Nein, Frau Merkel. Nein, Ihr scheinheiligen superreichen Steuerdiebe. Nein, Ihr Bücklinge von der Hofberichterstattungspresse.

SCHLUSS MIT DEM GEJAMMER!

Hier, zum Mitschreiben: Wir wollen nicht vorwärts in eure trostlose Alptraum-Normalität der Bioroboter hineingeschubst werden. Wir wollen lieber vorwärts in eine neue Normalität, und die entwickeln wir selber. Ihr hämmert uns zwar immer wieder unermüdlich ein, es gäbe zu eurem marktradikalen Mitternachtsspuk keine Alternative. *»There is no alternative!«*, näselte dereinst die englische Eiserne Lady Maggie Thatcher. Es gibt keine Alternative.

Wirklich? Bevor Ihr unsere Welt so gleichermaßen skrupellos wie dement aus dem Takt gebracht habt mit euren Privatisierungen (privat kommt von lateinisch: *privare*, das heißt: rauben!), ließ sich schon alles recht gut an. Zumindest bei uns in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, in Unruguay oder in Skandinavien. Der Staat sorgte dafür, dass profitorientierte Wirtschaft sich nur dort austoben durfte, wo für die Allgemeinheit kein allzu großer Schaden entstand. Alle wichtigen Dinge, also: öffentliche Infrastruktur, Gesundheit, Daseinsvorsorge, wurden von Genossenschaften oder öffentlich-rechtlichen Einrichtungen durchgeführt.

Damit das Geld, das in der Region generiert wurde, auch wieder in der Region den Menschen zugutekam, wurde es von öffentlichen (und seriösesn) Sparkassen und Volksbanken verwaltet. So konnte sich in Deutschland bis zum Ausbruch des Corona-Regimes ein starker gewerblicher Mittelstand halten. Wirtschaft von Menschen für Menschen.

Vieles von dieser segensreichen Konstruktion ist immer noch da und kann ohne größeren Aufwand wieder in Stand gesetzt werden. Wir müssen es nur politisch wollen. Zudem haben sich weltweit viele Initiativen für eine solidarische Wirtschaft herausgebildet, an die wir andocken können. Deutschland hat das Zeug, zum Vorreiter der solidarischen Ökonomie zu werden! Schon jetzt haben sich weltweit 800 Millionen Menschen aus dem Hamsterrad des Marktradikalismus befreit und arbeiten in Genossenschaften. Wir können voneinander lernen. Wir haben einen Traum, der wirklich ist.

Was muss für die Verwirklichung dieser Vision getan werden?

• Wissenstransfer: Es gibt unzählige zukunftsweisende Projekte in Deutschland. Was fehlt: die Erkenntnisse aus einem Projekt in andere Regionen zu kommunizieren, zu schauen, was lässt sich verallgemeinern.

• Mediale Vermittlung: Viele gute Ideen versanden, weil keine journalistisch befähigten Menschen dafür bezahlt werden, der Öffentlichkeit mitzuteilen, was sich an interessanten Innovationen zum Nutzen der Allgemeinheit entwickelt hat.

• Wir brauchen außeruniversitäre Bildungseinrichtungen. Zumindest solange, bis die Universitäten wieder in der Hand des Volkes sind. Wir brauchen Denkfabriken.

Bleibt die Frage, wie man diese Aufgaben anpackt.

Das Potenzial für eine bessere Welt ist allemal vorhanden. In Deutschland engagieren sich 23 Millionen Menschen ehrenamtlich für das Gemeinwohl. Wir haben kaum Geld; aber diese unendlich wertvolle Ressource der Hilfsbereitschaft. Diese Potenziale können wir nutzen. Kleinvieh macht auch Mist. Es gibt das Modell des Crowdfunding.

Trotz der Drittmittelprostitution der Hochschulen gibt es nach wie vor viele Professoren und Studenten, die gerne an sozialen Innovationen forschen möchten. Das energieautarke Dorf Jühnde wird wissenschaftlich begleitet von der Universität Göttingen. Es fehlt jetzt eine Stiftung, die diese Pioniererfahrungen verallgemeinert und an andere interessierte Gemeinden in Deutschland weitergibt. Das könnten wirklich gemeinnützige Stiftungen leisten.

Die Gebetsmühle beinahe aller Ökonomen – auch der Keynesianer – sowie der meisten Medienorgane leiert wie folgt: Unsere Wirtschaft braucht Wachstum. Um jeden Preis. Denn jeder Organismus, der nicht mehr wächst, stirbt ab, so wird gesagt. Es gab bis jetzt nur vereinzelte Bemühungen zur Erarbeitung von Konzepten einer Wirtschaft ohne zwanghaftes Wachstum. Zusammenhängende globale Alternativmodelle zum Wachstumsdogma blieben auf Expertenzirkel beschränkt. Dabei ist nicht zu übersehen: Die Ressourcen sind begrenzt. Wir wachsen uns zu Tode.

Doch jetzt keimt in Europa ein Gedanke heran, der das Wachstumsdiktat nicht mehr länger hinnimmt. *Decroisser* oder englisch: *Degrowth*. Gemeint ist: wir arbeiten an Wirtschaftsformen, die nicht zwingend auf Wachstum angewiesen sind. Die Genossenschaft ist eine solche Wirtschaftsform ohne Wachstumszwang. Oder auch das Teilen von Gütern und Dienstleistungen, ohne dass man gleich zahlendes Mitglied eines Vereins sein muss.

WIR KREMPELN DIE ÄRMEL HOCH.

Gegen das Übel der Wegwerfgesellschaft gibt es in immer mehr Orten so genannte *Repair-Cafés*. Dort kann man mit seinem kaputten Radio hingehen und dann unter Anleitung erfahrener Handwerker lernen, wie man sein Elektrogerät wieder repariert. An anderen Orten wird mit Regionalgeld experimentiert. Manche Initiativen sind noch radikaler. Die Schenker-Bewegung steigt völlig aus der Geldwirtschaft aus und schenkt sich gegenseitig etwas. Und so gibt es unzählige coole Ideen für eine wirklich nachhaltige Wirtschaft. Was fehlt, ist die Übermittlung dieses wertvollen Wissens an die Allgemeinheit.

Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Seien wir stolz auf unsere dreigeteilte Wirtschaft in Deutschland, mit der wir so gut durch die letzten Wirtschafts- und Finanzkrisen gekommen sind! Unsere Genossenschaften und öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsbetriebe sind keine langweiligen Gummibaumkulturen. Sie sind das Beste, das wir in Deutschland haben. Wenn wir Mitglied in einer Genossenschaftsbank sind: Besuchen wir einfach die Genossenschaftsversammlungen!

Vermitteln wir den Verwaltern der solidarischen Banken das Gefühl, dass sie beobachtet werden und dass sie sich nicht einfach von marktradikalen Ideologen einwickeln lassen dürfen! Erinnern Sie die Sparkassenfunktionäre daran, für wen sie eigentlich arbeiten sollen! Nämlich für UNS! Nerven wir marktradikal gepolte Sparkassendirektoren mit klugen Fragen! Schaffen wir Öffentlichkeit!

Genossenschaften sind das Modell der Zukunft und der perfekte Ausweg aus der Profitgier. Das Ziel der Genossenschaft ist Zufriedenheit. Zufriedenheit der Mitarbeiter, Zufriedenheit der Kunden, Zufriedenheit der Genossen. Genossenschaften sind kein Randphänomen. Die Schweiz ist ein Genossenschaftsstaat, das sagt schon der Name: Eid-Genossenschaft.

Wir dürfen nicht länger alleine vor uns hin wursteln. Bilden wir mit vier oder fünf anderen Freunden oder Bekannten oder Nachbarn eine »subversive« Zelle und sprechen wir uns einmal darüber aus, was uns bedrückt, und versuchen dann, gemeinsam zu verstehen, was eigentlich abgeht um uns herum.

Befreit von der Gehirnwäsche werden wir sodann die Armseligkeit des marktradikalen Geplärres durchschauen. »Das Leben ist kein Ponyhof«, hörte ich einmal eine marktradikale Brillenschlange schwadronieren. Da kann ich nur sagen: doch! Das Leben muss ein Ponyhof sein, sonst ist es nicht wert, gelebt zu werden. Wir arbeiten, um zu leben, und nicht umgekehrt: Wir leben nicht, um uns zu verbrennen für die ergaunerten Profite von Steuerdieben.

DIKTATUR AKTUELL

von Hendrik Sodenkamp

Weltweit mehrt sich der Widerstand gegen die demokratiefeindlichen Corona-Maßnahmen der Regierungen, den Bruch der Grundrechte und die Ermächtigungsgesetze. Frankreich, Israel und Serbien sind nur die bekanntesten Beispiele, welche auch hier in den großen Medienhäusern nicht ignoriert werden konnten.

Auch in Deutschland wächst der Zorn auf Schikanen durch die Regierung weiter an. So sollen in Jena die Ordnungsämter nur noch unter Polizeischutz die Hygieneregeln kontrollieren und bestrafen können. Während das Infektionsgeschehen klein bleibt, verschärft Österreich seine Maskenpflicht. Grund hierfür ist auch gar nicht mehr der Coronavirus, sondern laut Gesundheitsminister Rudolf Anschober das »virologische Grundrauschen« und der Rhinovirus. Da beides seit hunderten Millionen Jahren existiert, kann ein Ende der Maskenpflicht nicht so bald kommen. Es fällt schwer, nicht zynisch zu werden.

Die Regierungschefs der Europäischen Union bauen derweil die undemokratischen EU-Strukturen aus. Erstmals in der Geschichte nimmt die Europäische Union Schulden auf: verfassungswidrig. Auch eigene Steuern werden erhoben. Wer jetzt meint: »Aber jetzt muss doch schnell geholfen werden!«, der sei daran erinnert, dass dies in den letzten Jahren zumeist ein Vorwand war, um größte Verbrechen zu begehen. Denn solidarische Geldtransfers und Kredite, von denen jeder weiß, dass sie niemals zurück gezahlt werden, sind auch bilateral, von Parlament zu Parlament, möglich. — Ob die Gewaltenteilung noch existiert, wird sich an der Frage klären, ob das Budgetrecht in einem Parlament verbleibt oder, wie in der monarchistischen Bismarck-Verfassung, auf die Regierungen übergeht. Zur Revolution von oben ruft auch Prinz Charles mit dem Davoser Weltwirtschaftsforum auf. Das verkündet einen großen Neustart — »Re:Set« — der Wirtschaft. Unglaubwürdigerweise klingen ökonomische Rechte für alle Menschen an.

Der Propagandakrieg der *Mainstream*-Medien geht in die nächste Runde.

Nach Phase 1: »Panik erzeugen, um autoritäre Regierungsmaßnahmen vorzubereiten« und Phase 2: »Panik am Laufen halten, um die Verlängerung der Regierungsmaßnahmen ins Endlose zu legitimieren« ist es jetzt Zeit für Phase 3: »Vorbereitung der Aussonderung der Unwilligen«.

VON MENSCHEN UND UNMENSCHEN



REGIERUNGSMEDIEN IM FELDZUG GEGEN DAS WISSEN: EINE GEGENWEHR ZU DEN RADIKALEN GEFÄHRDERMEDIEN

von Dr. Tamara Ganjalyan, Gießen

Millionen von Demokratinnen und Demokraten sollen nun offenbar verfolgt werden. Was sich bisher nur auf kritische Stimmen und Anti-Corona-Demonstrierende bezog, wird jetzt ausgeweitet auf Unmaskierte und Ungeimpfte. Der Ton wird schärfer. Nicht mehr nur Aluhutträger, Verschwörungstheoretiker und Esoterik-Schwurbler sind nun die Feinde der Regierungs- und Konzernpropagandisten. Nein – wer, aus welchen Gründen auch immer, in Supermarkt oder Bahn keine Maske trägt, sei ein Gefährder, wer sich keinen so gut wie nicht getesteten, das Genom verändernden Impfstoff injizieren lassen will, verdiene keine Grund- und Menschenrechte mehr. »Maskenverweigerer« und »Impfmüde«, so heißen die neuen Feindbilder, die bösen Auszustoßenden, die zu Diskriminierenden.

REGIERUNGSPROGANDISTEN GEGEN SCHULMEDIZIN UND WISSENSCHAFT

Der Redakteur der *Neuen Ruhr Zeitung NRZ* aus der problematischen *Funke Mediengruppe*, Stephan Hermsen, jedenfalls hat eine klare Meinung dazu. Am 20. Juli (Fun-Fact: der Jahrestag des Stauffenberg-Attentats auf Adolf Hitler) schreibt Hermsen: »Wer sich nicht gegen Corona immunisieren lässt, stellt sich außerhalb der Gesellschaft und darf weder mit Risikogruppen in Kontakt kommen noch an gesellschaftlichen Ereignissen teilnehmen. Keine Immunität? Bitte draußen bleiben bei Stadion und Sauna, Kirche und Kino, Bus und Bahn. Selbst dann wird uns eine Corona-Impfung nicht die gute alte Zeit zurückbringen. Aber sie kann die Zukunft erträglicher machen.«



Propagandist Claus Kleber vom ZDF legt die Maske ab. »Wir haben abgemeldet!«, sagen bereits Millionen gegenüber GEZ-Gebührenfunk wie Konzernsoldaten.

Bildmontage: Jill Sandjaja

Die derzeit im Sinne der vorgegebenen *political correctness* Sprechenden dürfen ja freilich nicht mit historischen diktatorischen Ideologien, die aktuelle Staatsräson darf selbstverständlich nicht mit menschenfeindlichen Regimen des 20. Jahrhunderts, wie es sie allein auf deutschem Boden zwei an der Zahl gab, in einem Satz genannt werden. Dass man Friedens- und Demokratiebewegte schon mal als Nazis und Antisemiten bezeichnen darf, ist freilich eine vollkommen andere Geschichte.

Gäbe es dieses »Oh-du-böser-Bube-ziehst-den-NS-Vergleich-wie-kannst-du-nur«-Denkverbot nicht, so würde ich an folgende geschichtliche Tatsache erinnern: In einer ganz, ganz anderen Zeit in einem weit entfernten Land hingen dereinst Schilder an den Eingängen von Läden, Kinos, Cafés und dergleichen, auf denen zu lesen stand: »Kein Zutritt für Juden«. Im Sommer 2020, mitten in Deutschland gibt es einen Herrn Hermsen, der sich eine Welt wünscht, in der Schilder an den Eingängen von Saunen, Kirchen, Kinos, Bussen und Bahnen hängen, auf denen zu lesen steht: »Kein Zutritt für Ungeimpfte«. Aber natürlich hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun, und wer etwas anderes behauptet, ist wahrscheinlich selbst ein Ungeimpfter.

Ich weiß nicht, ob und wenn ja wieviel an finanziellen Zuwendungen die *NRZ* oder die umstrittene *Funke Mediengruppe* vonseiten der Pharmaindustrie oder der Bill-and-Melinda-Gates-Foundation erhält.

Im Falle der Illustrierten *Der Spiegel* waren es 2,3 Millionen Euro, die aus der Hand des amerikanischen Philanthropen nach Hamburg geflossen sind, um die Qualität der Berichterstattung zu verbessern. Dieses Ziel wurde auch tatsächlich bereits erreicht, wie unter anderem der Artikel von Samira El Ouassil vom 16. Juli beweist. In diesem wendet sich die Dame an von ihr so titulierte »Schutzmaskenverweigerer« und macht deutlich, was sie von ihnen hält. Respektlose und unhöfliche »aerosole Rüpel« seien es. Aber es kommt noch schlimmer: Wer ohne Lappen vor dem Gesicht einkaufen gehe oder Bahn fahre, der sei letztlich ein Mörder. Oder, mit den Worten El Ouassils: »Ich weiß, es ist sicher unzumutbar, die Hälfte Ihres wunderbaren Antlitzes hinter einem vulgären Stück Stoff verstecken zu müssen, aber mir fällt keine diplomatischere Formulierung ein als: Es ist grob unhöflich, andere Menschen umbringen zu wollen.«

BESTOCHENE REDAKTION »DER SPIEGEL«

Es funktioniert seit jeher: Soll eine Gruppe Mitmenschen vom Rest der Menschheitsfamilie getrennt, abgesondert und ausgeschlossen werden, um sie ihrer Rechte, ihrer Lebensgrundlage, ihrer Würde und ja, vielleicht irgendwann auch ihres nackten Lebens zu berauben, so beginne man damit, diese beliebige Gruppe mit einem Stigma zu versehen. Es ist völlig gleichgültig, ob es sich dabei um ein diesen Menschen tatsächlich innewohnendes Merkmal oder eine ihr zugeschriebene Qualität geht. Zur Rechtfertigung von Spaltung und Ausgrenzung, ja gar von Entmenschlichung geeignet ist buchstäblich jedes erdenkliche, wenn auch noch so unsinnige Attribut. Es kommt allein darauf an, eine Hierarchie der Wertigkeiten zu etablieren: »Wir« sind mehr wert als »die«. Wir sind oben, die sind unten – aber hey, sie haben es ja nicht anders verdient!

Sollen sogar sämtliche dem Menschen eigentlich inhärenten ethischen Bedenken, die eine offensichtliche Diskriminierung und unmenschliche Behandlung von Mitmenschen unter normalen Umständen erschweren würden, hinweggefegt werden, so stelle man auch noch das Menschsein an sich der betreffenden Bevölkerungsgruppe in Abrede. So geschehen im Dritten Reich, so geschehen in Bosnien, in Ruanda und an vielen anderen Orten, wo Menschen gegeneinander aufgehetzt wurden und die einen den anderen die Köpfe einschlugen.

Aber nein, halt, so sind wir selbstverständlich nicht! Das kann man doch nicht vergleichen! Völlig andere Geschichte! Wir sind doch zivilisiert, wir lieben doch alle, alle Menschen! Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!

Wenn Leute, die im öffentlichen Leben keine OP-Maske tragen und die sich und ihren Kindern kein unerprobtes Zeug in den Körper spritzen lassen möchten, als Gefährder, Verantwortungslose, ja als Mörder bezeichnet werden, die kein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben mehr haben sollten, dann ist das keine Volksverhetzung, keine lobbyfinanzierte Propaganda – nein, dann ist das nichts als lupenreiner Qualitätsjournalismus à la *Spiegel* und *NRZ*.

Gut, liebe Schreiberlinge der *Mainstreampresse*: Könnt ihr so machen. Auch ihr habt das Recht auf freie Meinungsäußerung. Aber bitte sagt hinterher nicht, ihr hättet es doch nur gut gemeint. Oder ihr hättet ja nur Befehle befolgt. Oder ihr hättet ja nicht ahnen können, wozu es geführt habe. Denn das wird euch dann mit Sicherheit keiner mehr abkaufen.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 13. Ausgabe ab Samstag, 25. Juli 2020. Redaktionsschluß war am 23. Juli, 7 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an K.D.W., **IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Anne Höhne, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Louise Thomas, Wolfgang Spraul, Friederike von Tippelskirch, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Doro Neidel, Alexander Richter. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V.i.Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin, München und Ravensburg für das gesamte Bundesgebiet im Juli 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.